Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Entscheidung

In dem Parteiordnungsverfahren

33/1977/P

10.03.1978

auf Antrag des SPD-Parteivorstandes,

vertreten durch den Bundesgeschäftsführer B aus B,

- Antragsteller und Berufungsantragsteller -

Beistand: Rechtsanwalt Dr. N aus B

g e g e n

L aus M,

- Antragsgegner und Berufungsantragsgegner -

Beistand: D aus M[1]

Beigetreten:

1. Vorstand des SPD-Bezirks O-L, vertreten durch

a) J aus B[1],

b) Rechtsanwalt H aus B,

2. Vorstand des SPD-Unterbezirks G, vertreten durch

a) W aus G,

b) K aus G,

3. Vorstand des SPD-Ortsvereins H/M, vertreten durch

a) P aus H,

b) T aus H,

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 10. März 1978 in Nürnberg unter
Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)

Dr. Johannes Strelitz und
Ludwig Metzger

entschieden:

Unter Aufhebung der Entscheidung der Schiedskommission des SPD-Bezirks O-L vom 25. November 1977 wird der Antragsgegner L aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen.

Gründe

Der am 29. 7. 1952 geborene Antragsgegner ist am 1. 1. 1971 in die SPD eingetreten, war von 1971-1973 Mitglied des Vorstandes seines Ortsvereins und von 1971-1972 Vorsitzender der örtlichen Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaft. Von 1972-1973 war er Mitglied des Juso-Unterbezirksvorstandes M[1] und wurde 1974 zum stellvertretenden Vorsitzenden und 1976 zum Vorsitzenden der Jungsozialisten O-L gewählt. Seine Wiederwahl für dieses Amt erfolgte im September 1977. Er war seit Dezember 1977 Vorsitzender seines Ortsvereins.

Dem Parteiordnungsverfahren liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Am 23. Mai 1977 sowie am 28. April 1977 ergingen an alle Arbeitsgemeinschaften im Bezirk O-L Rundschreiben, die der Antragsgegner unterzeichnet hat. Dem Rundschreiben vom 28. April 1977 kann unter Bezugnahme auf das gegen B[1] durch den Parteivorstand eingeleitete Parteiordnungsverfahren folgendes Zitat entnommen werden:

„...“

Der Bezirksvorstand hat gestern abend auf einer außerordentlichen Sitzung die neue Lage diskutiert. Für uns ist der einstimmige Beschluß des Bezirksausschusses vom 24. April 1977 Grundlage unserer Haltung zum Juso-Bundesvorstand.(Vgl. A 3)

Wir sind nicht davon ausgegangen, daß die Ausweitung linker Positionen sich kontinuierlich und reibungslos vollzieht. Genau zu dem Zeitpunkt, zu dem die Jungsozialisten sich zu einem bedeutsamen Faktor in den innerparteilichen

Auseinandersetzung entwickeln können, spielen sich die Konflikte nicht mehr in kleinlichem Gerangel um die Auslegung des Maulkorberlasses ab, sondern werden mit offenem Visier ausgetragen.

Der Parteirechten steht seit einigen Monaten das Wasser bis zur Nasenspitze. Man braucht nur die Presseberichte eines Tages zusammenzustellen, um die überlangen Sündenregister derjenigen zu erhalten, die sich zum Hüter der Ordnung der Partei aufschwingen. In der Partei B[2] wäre das nicht möglich gewesen.

In den Betrieben, Schulen und Hochschulen entwickelt sich eine teils resignative teils kritische Stimmung. Viele beginnen sich zu fragen, was ist an dieser Bundesregierung noch liberal, worin kommt die soziale Komponente zum Ausdruck. Vor diesem Hintergrund befürchtet die Parteirechte eine breite Solidarisierung mit den Jusos. Da das kritische Potential in der Partei anwächst, konnte auf dem H - Bundeskongreß die seit langem angestrebte Umorientierung herbeigeführt werden, haben sich seit dem 3. Oktober in OW-L die Kräfteverhältnisse in mehreren Stadtverbänden und in der AfA nach links verschoben.

Das Verfahren gegen B[1] ist somit vor dem Hintergrund zu sehen, daß nach dem Desaster sozialliberaler Wirtschafts- und Innenpolitik, nach Rentendebakel, Wanzen, HeLaBa, Generalen und Hessen-Wahl, die Diskussion in Gewerkschaften in Partei in Bewegung gerät.“

...

„Uns scheinen in diesem Zusammenhang insbesondere zwei Vermutungen angebracht:

W spekulierte 1966 auf massenhafte Parteiaustritte, um die neue Koalition innerparteilich durchpeitschen zu können. Will die Parteispitze die Partei für neue Koalitionen sturmreif machen?“

...

„Die Jungsozialisten werden ihre ganze Kraft in die Waagschale werfen um neue Koalitionen zu verhindern. Wir werden den Weg in eine Große Koalition nicht frei geben! Unser Konzept ist die politische Erneuerung der Partei. Der Bezirksvorstand zieht aus der Analyse der politischen Bedingungen den Schluß, daß das Vorgehen der Parteirechten zwar sorgfältig geplant, aber mit einem hohen Risiko behaftet ist. Die Jungsozialisten werden sich über die administrativen Eingriffe in die innerverbandliche Willensbildung nicht weinerlich antiautoritär beklagen, sondern den moralischen und politischen Zustand der sozialliberalen Koalition und der Partei, von dem abgelenkt werden soll, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen um das Verfahren gegen B[1] stellen.“

Dem Rundschreiben vom 23. Mai 1977 können die nachfolgenden Äußerungen entnommen werden:

...

„Um die Vorgänge um die Veranstaltung im K aufzuklären, hat der Bezirksvorstand eine Feststellungskommission gebildet. M kündigte umgehend einen Boykott der Kommission an. Fakten paßten der Parteirechten nicht ins Konzept. Sie wollten den Putsch.“

...

„Vor diesem Hintergrund erscheinen die vom UB L beantragten Massenausschlüsse in ihrer realen Dimension. Unter dem Vorwand „K“ sollten die Mehrheiten von BL administrativ umgedreht werden. Diese Putschstrategie ist an der geschlossenen Haltung der Mehrheit des Bezirksvorstandes der SPD OW-L, mehrerer SPD-Unterbezirke und der Jungsozialisten OW-L insgesamt gescheitert. Wenn die o-l - Abgeordneten auch nur einen Teil der gegen die Jungsozialisten und gegen ganze Parteigremien gerichteten Energie auf die Umsetzung von Parteibeschlüssen in Regierungspolitik verwenden würden, hätten die Parteigliederungen vermutlich seltener Anlaß zur Empörung.“

...

„In J II wird der unzulängliche Versuch unternommen, das Verfahren gegen B[1] auszunutzen, um die Probleme sozialliberaler Regierungspolitik und die gegenwärtige innerpolitische Konzeptionslosigkeit des Parteivorstandes zu verdecken.“

...

Der Parteivorstand hat auf seiner Sitzung vom 26./27. Juni 1977 nach § 18 Abs. 1 der Schiedsordnung das Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft des Antragsgegners für die Dauer von drei Monaten angeordnet. Der Beschluß wurde mit den genannten Rundschreiben begründet. Folgende Zitate wurden dabei besonders hervorgehoben:

- „a) Fakten passen der Parteirechten nicht ins Konzept. Sie wollten den Putsch.
- b) Diese Putsch-Strategie ist an der geschlossenen Haltung der Mehrheit des Bezirksvorstandes der SPD OWL, mehrerer Unterbezirke und der Jungsozialisten OWL insgesamt gescheitert.
- c) Wer wie der geschäftsführende Vorstand des UB L B[1] das Rederecht verweigern wollte, hat gegen die Ordnung der Partei verstoßen.
- d) Das Verfahren gegen B[1] ist somit vor dem Hintergrund zu sehen, daß nach dem Desaster sozialliberaler Wirtschafts- und Innenpolitik, nach Rentendebakel, Wanzen, HeLaBa, Generalen und Hessen-Wahl, die Diskussion in Gewerkschaften und Partei in Bewegung gerät.
- e) Es soll von den Problemen der Rechtssozialdemokratie abgelenkt werden.“

Der Parteivorstand sah in diesen Äußerungen einen erheblichen Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei als erfüllt an. Dem Grundsatz der Solidarität habe er dadurch zuwidergehandelt, daß er Mitgliedern des Bezirksvorstandes O-L öffentlich

unterstellt habe, sie hätten den „Putsch“ gewollt, sie verfolgten eine „Putschstrategie“. Die Behauptung, die Verweigerung des Rederechts im Fall B[1] verstoße gegen die Ordnung der Partei, stelle eine böswillige Umkehrung des politischen Sachverhalts dar. Der Unterbezirksvorstand L befinde sich nämlich in Übereinstimmung mit der durch den Beschluß des Bundesvorstandes allen Parteigliederungen auferlegten Pflicht, B[1] keine Redemöglichkeit zu bieten. Er habe weiterhin den Vorwurf erhoben, das Verfahren gegen B[1] sei vor dem Hintergrund zu sehen, daß nach dem „Desaster sozialliberaler Wirtschafts- und Innenpolitik, nach Rentendebakel, Wanzen, HeLaBa, Generalen und Hessen-Wahl die Diskussion in Gewerkschaften und Partei in Bewegung“ geraten sei. Durch die Verbreitung derartiger Vorwürfe habe er die Glaubwürdigkeit der Partei in ihrer Aussage, die sie in der Öffentlichkeit zu vertreten habe, in Zweifel gezogen. Dadurch sei für die Partei ein schwerer Schaden entstanden. Mit Schriftsatz vom 29. Juni 1977 beantragte der Antragsteller

den Antragsgegner gemäß § 35 Abs. 3 Organisationsstatut aus der Partei auszuschließen.

Mit Schriftsatz vom 1. 7. 1977 beantragte der Antragsgegner

1. Die Fortdauer der Sofortmaßnahme aufzuheben (§ 19 Abs. 3 der Schiedsordnung)
2. Die Sache an die Schiedskommission des Unterbezirks G zu verweisen.

Er vertrat dabei die Ansicht, daß die Gründe für die Anordnung der Sofortmaßnahme nicht mehr gegeben seien, da die Vorgänge erhebliche Zeit zurücklägen. Die Zitate seien teils sachlich unrichtig, aus dem Zusammenhang gerissen und nicht öffentlich abgegeben worden.

Der Bezirksvorstand O-L hat auf seiner Sitzung vom 5. Juli 1977 beschlossen, den Parteivorstand aufzufordern, das Verfahren gegen den Genossen L zurückzunehmen. Für den Fall, daß diese Rücknahme nicht erfolge, erklärte der Bezirksvorstand seinen Beitritt zu dem Verfahren zum Termin der ersten mündlichen Verhandlung.

Eine inhaltlich gleichlautende Erklärung gab der Ortsverein H/M mit Schriftsatz vom 8.7.1977 ab.

Der Antragsteller beantragte am 8. Juli 1977, die Anträge des Antragsgegners aus seinem Schriftsatz vom 1. Juli 1977 zurückzuweisen. Zur Frage, ob die beanstandeten Äußerungen in der Öffentlichkeit gemacht worden seien, führte der Antragsteller folgendes aus:

"In den in der Anlage beigefügten Grundsätzen für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD ist im Abschnitt I Abs. 5 unter anderem folgendes ausgeführt:

"Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaften ist die Abgabe von Erklärungen und Stellungnahmen, die im Namen von oder unter Berufung auf Arbeitsgemeinschaften erfolgt, die Durchführung von Pressekonferenzen, die Herausgabe von Publikationen und periodisch erscheinenden Druckschriften auch innerhalb der Organisation, die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und Konferenzen sowie Kontakte zu anderen Verbänden und Organisationen".

Die Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften haben zu Recht auch die Herausgabe von Publikationen und Druckschriften auch innerhalb der Organisation zum Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gezählt, weil bei derartigen Veröffentlichungen grundsätzlich davon auszugehen ist, daß sie nicht auf den parteiinternen Bereich beschränkt bleiben.

Die Bundesschiedskommission hat in ihrer Entscheidung vom 17. August 1973 in dem Verfahren gegen S, A u.a. festgestellt, daß eine derartige parteiinterne Informationsschrift praktisch der Öffentlichkeit zugänglich ist (Seite 23), und daß der Verbreiter einer derartigen Schrift ernsthaft nicht davon ausgehen könne, daß seine Äußerungen im parteiinternen Bereich bleiben würden (Seite 26)."

Zum Vorwurf des Putsches führt der Antragsteller aus:

"So wird im Duden-Lexikon bei dem Begriff "Putsch" auf "Staatsstreich" verwiesen, der als "illegale, oft gewaltsame Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung eines Staates durch ein oder mehrere Mitglieder der legalen Regierung zur

Konzentration der Macht auf eine Person oder Gruppe" definiert wird.

Dabei ist die Illegalität bzw. Gewaltanwendung wesentliches Merkmal des Putschs, denn eine ohne Gewaltanwendung durch die Entwicklung sich vollziehende Neugestaltung des Staatswesens unter Beibehaltung der Verfassung pflegt man als Evolution zu bezeichnen (Model/Creifelds, Staatsbürger-Taschenbuch, Ausgabe 77, Seite 19).

Es bedarf keiner Frage, daß - wie der Vorstand des Unterbezirks G in seiner Erklärung vom 5.7.1977 feststellt - zur innerparteilichen Demokratie die offene - gegebenenfalls auch harte - Diskussion gehört.

Wer aber Mitgliedern der Partei unterstellt, sie hätten "den Putsch" gewollt, sie verfolgten eine "Putsch-Strategie", überschreitet die sich aus dem für alle Mitglieder der Partei geltenden Grundsatz der Solidarität auch für die Diskussion miteinander ergebenden Grenzen. Wer ein anderes Mitglied der Partei als "Putschisten" bezeichnet greift dessen politische und persönliche Ehre in einem auch bei harten sachlichen Auseinandersetzungen nicht mehr vertretbaren Ausmaß an. Durch die Wortwahl setzt er das angegriffene Mitglied mit tatsächlichen Putschisten vom Schlage z.B. der chilenischen Militärs gleich. Ein derartiger beleidigender Angriff würde sich gegenüber einem außerhalb der Partei stehenden politischen Gegner als sogenannte Schmähkritik darstellen, nämlich als bewußte Herabsetzung des anderen, die von diesem nicht hingenommen werden muß.

Beleidigende Äußerungen dieser Art gegenüber Mitgliedern der Partei verletzen erkennbar den Grundsatz der Solidarität, zumal die Verwendung des Begriffs "Putsch" zur Führung einer harten inhaltlichen Diskussion gänzlich unnötig war, sondern erkennbar dazu diente, diejenigen Mitglieder des Bezirksvorstandes

O-L, die eine andere Position vertraten als der Antragsgegner, herabzusetzen und zu disqualifizieren."

Den Antrag des Antragsgegners, die Sache an die Schiedskommission des Unterbezirks G zu verweisen, hält der Antragsteller für erkennbar unbegründet.

Die Schiedskommission beim Bezirk O-L hat am 9. Juli 1977 entschieden:

"Das Parteiordnungsverfahren wird gemäß § 19 Abs. 4 Schiedsordnung an die Schiedskommission beim Unterbezirk G verwiesen."

Gegen diese Entscheidung legte der Antragsteller am 13. Juli 1977 Berufung bei der Bundesschiedskommission ein. Die Bundesschiedskommission hat in ihrer Sitzung am 11. August 1977 entschieden:

- "1. Die Beschwerde des Antragstellers ist zulässig und begründet.
2. Der Beschluß über die Verweisung an die Unterbezirksschiedskommission G wird aufgehoben.
3. Die Bezirksschiedskommission O-L ist verpflichtet, über den Antrag des Antragstellers zu entscheiden.
4. Die Bezirksschiedskommission O-L ist verpflichtet, vor Ablauf der Frist über die Fortdauer der Sofortmaßnahme zu entscheiden."

Daraufhin entschied die Vorinstanz am 5. September 1977:

"Die mit Beschluß des Parteivorstandes vom 26./27.6.1977 getroffene Anordnung des Ruhens aller Rechte aus der Mitgliedschaft für die Dauer von drei Monaten ist nicht mehr erforderlich. Der Beschluß wird nicht aufrechterhalten."

Mit Schriftsatz vom 30.9.1977 beantragte der Beistand des Antragsgegners

"festzustellen, daß sich der Antragsgegner eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht"

habe. Zur Begründung führte er u.a. an, es habe sich nicht um vom Antragsgegner allein zu verantwortende Erklärungen, sondern um Rundschreiben des Bezirksvorstandes der Jungsozialisten gehandelt. Vorstandserklärungen würden in einer demokratischen Partei bekanntermaßen nicht von dem Vorsitzenden allein und persönlich verantwortet, sondern gleichermaßen von allen Vorstandsmitgliedern. Das isolierte Vorgehen des Antragstellers gegen den Antragsgegner stelle sich angesichts dieser Sachlage als Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung dar, dessen Geltung für Partei und Personen vom Bundesverfassungsgericht anerkannt worden sei. Bezüglich der Frage des Putsches vertrat der Antragsgegner die Auffassung, durch die vom Antragsteller dargetane Zitierweise würde der falsche Eindruck erweckt, als sei der gesamten "Partei" der Vorwurf des "Putsches" gemacht worden. Bei korrekter Zitierweise hätte sich demgegenüber ergeben, daß der Begriff des Putsches in seiner in den Rundschreiben verwandten Form nicht, wie der Antragsteller in seinem Schriftsatz vom 8.7.1977 meine, das Merkmal der physischen Gewaltanwendung beinhalte. Es sei daher nach seiner Meinung abwegig, wenn der Antragsteller in seiner Argumentation auf die staatsrechtliche Bedeutung des Begriffes und nicht auf die allgemein-politische abstelle. In dieser seiner allgemeinen Bedeutung sei der Begriff "Putsch" ein Ausdruck für "politischer Handstreich". Nach dem vom Antragsgegner dargestellten Sachverhalt im Bezirk O-L kommt er angesichts dieser Verhältnisse zu dem Schluß, daß der Vorwurf des Putsches zwar als polemisch, in der Sache jedoch als durchaus zutreffend erscheine. Schließlich weist er darauf hin, daß die fraglichen Äußerungen im Inneren der Partei und nicht in der Öffentlichkeit erfolgt seien. Die Verbreitung der Rundschreiben sei ausschließlich innerhalb der Partei erfolgt. Vor Einleitung dieses Verfahrens seien sie auch in der Öffentlichkeit, insbesondere in der Presse, nicht bekannt geworden. In der von der Vorinstanz durchgeführten mündlichen Verhandlung vom 8. Oktober 1977 wiederholte der Antragsgegner seinen Antrag, daß dieser sich eines Verstoßes gegen die Partei nicht schuldig gemacht habe, für den Fall, daß die Schiedskommission einen Verstoß gegen die Grundsätze der Partei feststelle, lediglich auf eine Rüge zu erkennen.

Von Seiten des Bezirksvorstandes sowie des Unterbezirksvorstandes, der am 19. Juli 1977 dem Parteiordnungsverfahren beigetreten war, wie auch des Ortsvereins wurden kein Sachanträge gestellt.

Die Schiedskommission der Vorinstanz unternahm einen Versuch der gütlichen Einigung, der vom Antragsgegner angenommen wurde, während ihn der Antragsteller ablehnte.

Zur Frage der Verantwortlichkeit bezüglich des Inhalts der Rundschreiben führte der Antragsteller mit Schriftsatz vom 14. Oktober 1977 weitergehend aus, daß das Schreiben vom 23. 5. mit gez. L, Bezirksvorsitzender „unterzeichnet sei“. Dies mache also noch mehr als das Schreiben vom 28.4.1977 deutlich, daß nicht der Bezirksvorstand, sondern der Antragsgegner verantwortlich sei. Letztlich komme es aber darauf nicht an, sei doch allein der Antragsgegner parteirechtlich und presserechtlich für dieses Rundschreiben als Verantwortlicher nach außen hin aufgetreten. Im übrigen müsse auch die Berufung auf den Gleichheitsgrundsatz fehlgehen, selbst wenn alle Mitglieder des Bezirksvorstandes nach außen hin als Verantwortliche aufgetreten wären, was - wie ausgeführt - nicht der Fall sei, wäre ein Antrag allein gegen ein Mitglied des Vorstandes nicht willkürlich, sondern eine sachgerechte Ausübung des dem Antragsteller zugewiesenen politischen Ermessens.

Die Schiedskommission beim Bezirk O-L hat am 25. November 1977 nach geheimer Beratung mit Stimmenmehrheit beschlossen:

- "1. Der Antrag des Ortsvereins H-M auf Aussetzung des Verfahrens wird als unzulässig zurückgewiesen.
2. Es wird festgestellt, daß sich der Antragsgegner eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht hat.“

In ihrer Begründung führte die Bezirksschiedskommission aus, daß es außer Frage stehe, daß die hier zu beurteilenden Äußerungen nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit dem sonstigen Inhalt der Rundschreiben und überhaupt auch auf dem Hintergrund der parteiinternen politischen Auseinandersetzungen im Bezirk O-L zu werten seien, wobei aber nicht zu übersehen sei, daß die in den Rundschreiben enthaltenen Angriffe gegen andere Parteimitglieder sich nicht nur gegen Genossen aus dem Bezirk O-L richten würden. Bei der Bewertung der umstrittenen Äußerungen sei ferner zu berücksichtigen, daß unstreitig der Inhalt der Rundschreiben jedenfalls vor Einleitung des Verfahrens - über die Parteiöffentlichkeit hinaus nicht bekanntgeworden sei. Deshalb bestehe kein Anlaß für eine Entscheidung darüber, ob die Schiedskommission an die durch den Parteivorstand am 1.2.1975 beschlossenen Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften in der SPD wegen der Feststellung, ob Rundschreiben dieser Art veröffentlicht seien, gebunden ist. Für die

Bewertung der inkriminierenden Äußerungen könne es nur darauf ankommen, ob diese tatsächlich der Öffentlichkeit bekanntgeworden seien, aber auch, ob die Gefahr der Verbreitung in der Öffentlichkeit konkret anzunehmen war. Bei diesen Aspekten könne die Mehrheit der Schiedskommission in dem Inhalt der beiden Rundschreiben einen Verstoß gegen die Ordnung der Partei nicht feststellen. Sie führt weiter aus:

"Der Inhalt der Äußerung "Das Verfahren gegen B[1]..." mag falsch sein. Von einem "Desaster der sozialliberalen Wirtschafts- und Innenpolitik" kann gewiß nicht die Rede sein. Im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen, insbesondere im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn, kann nur der Böswillige behaupten, daß die Wirtschafts- und Innenpolitik der sozialliberalen Koalition zusammengebrochen ist. "Desaster" bedeutet nach dem allgemeinen Sprachgebrauch eindeutig nichts anderes als "Zusammenbruch". Sicherlich ist die Zahl der Arbeitslosen, die vielfältig verbreitete Angst um die Arbeitsplätze von morgen, die Sorge um den richtigen Weg zur Beschaffung der in Zukunft erforderlichen Energie und das im Vergleich zu vergangenen Jahren erheblich zurückgegangene Wirtschaftswachstum sowie die sonstigen Folgen der schnell wachsenden technischen und technologischen Entwicklung, die die Gesellschaft in der Bundesrepublik, aber nicht nur dort, nahezu unerwartet getroffen haben und noch treffen werden, geeignet, Zweifel in die Richtigkeit der vergangenen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und natürlich auch in eine geordnete Entwicklung der Zukunft zu begründen. Diese Folgen sind jedoch auf eine sich über Jahrzehnte hin erstreckende Politik zurückzuführen, für die die Sozialdemokraten in der Regierung gewiß nicht verantwortlich gemacht werden können. Im Gegenteil, unter Berücksichtigung des Umstands, daß die SPD eben nicht die absolute Mehrheit für sich in Anspruch nehmen kann, ist das, was im Vergleich zu anderen Ländern seit 1969 in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik geleistet worden ist, nur anzuerkennen. Gleichwohl bleibt die beanstandete Äußerung, auch wenn sie weit überzogen ist, noch im Rahmen zulässiger, parteiinterner Kritik, wobei auch zu

berücksichtigen ist, daß Formulierungen wie „Rentendebakel, Wanzen, HeLaBa" usw. Hinweise auf tatsächliches Geschehen sind.

"Rechtssozialdemokratie" ist als ein Begriff zu werten, der gleichzusetzen ist dem Begriff der "Parteirechten" und stellt deshalb keine Abwertung dar, insbesondere im Zusammenhang mit den sonstigen Äußerungen.

Im Verfahrensschriftwechsel beschäftigen sich die Beteiligten vorwiegend mit der Äußerung „Fakten passen der Parteirechten nicht ins Konzept. Sie wollten den Putsch". In der Tat gibt diese Äußerung zu Bedenken Anlaß, wenn auch hierbei der schon erwähnte Hintergrund, insbesondere der Inhalt der Sitzung des UB-Vorstands L vom 14.05.77 zu sehen ist. Diese Äußerung ist erkennbar darauf bezogen, daß mit den vom Unterbezirksvorstand L angeregten Parteiordnungsverfahren die Mehrheitsverhältnisse im Bezirksvorstand OWL geändert werden sollten.

Bei der Bewertung dieser Formulierung hat die Kommission nicht zu entscheiden, ob am 14.05.77 Parteiordnungsverfahren gegen die Mitglieder der genannten Vorstände angezeigt, bzw. i.S. der SchO gerechtfertigt gewesen wären, die an der Veranstaltung in K mitgewirkt haben. Der Ag wollte seine Äußerung, wie er sagt, auf die Erklärung des UB-Vorstandsmitgliedes Q bezogen wissen, eine Erklärung, die die Auffassung der Mehrheit im UB-Vorstand widerspiegelt. Unter "Putsch" ist sicherlich auch i. S. des Ag eine objektiv nicht gerechtfertigte Auflehnung gegen bestehende Ordnungen zu verstehen. Dabei wird man wohl in dem hier interessierenden Zusammenhang den Ausdruck "Putsch" nicht dem Begriff einer mit Waffengewalt betriebenen, blutigen Auseinandersetzung gleichsetzen. Man wird diesen Begriff inhaltlich im übertragenen Sinne als „politischen Handstreich" definieren müssen. Damit hat sich zwar der Ag auch im Ton vergriffen, jedoch nicht so schwerwiegend, daß hierin ein Verstoß gegen die Grundordnung der Parteisolidarität erblickt werden kann.

In gleicher Weise ist die weiter beanstandete Äußerung zu werten, "diese Putsch-Strategie...".

"Wer wie der geschäftsführende Vorstand... " ist ebenfalls eine, Bedenken hervorrufende Äußerung. In diesem Zusammenhang ist auf den zeitlichen Ablauf der Ereignisse abzustellen, wie er vorstehend unter Ziff. 1.4.geschildert ist. Zur Zeit der Herausgabe des Rundschreibens vom 23.05.77 waren sowohl die Entscheidung des LG B vom 13.05.77 als auch der erneute Beschluß des PV über das Funktionsverbot gegen B[1] vom 16.05.77 bekannt. Die, vom PV auch nicht angegriffene einstweilige Verfügung des LG B bestätigt die schon im Rundschreiben vom 28.04.77 geäußerte Rechtsauffassung, daß der erste Beschluß des Parteivorstands gegen B[1] rechtsunwirksam war, und das von Anfang an. Bis zu dem erneuten Beschluß des PV gegen B[1] war dieser berechtigt, seine Funktionen als Bundesvorsitzender der Jusos wahrzunehmen und auch in K zu reden. Wenn auch die Kommission sich der Tatsache bewußt ist, daß die Entscheidung des LG B ausschließlich auf formelle Umstände zurückzuführen ist und sachlich - nach der jetzt vorliegenden Entscheidung der Bundesschiedskommission vom 16.09.77 - die Sofortmaßnahme gegen B[1] gerechtfertigt war, ist nach Mehrheitsentscheidung der Kommission die umstrittene Äußerung des Ag gerechtfertigt. Hiermit hat der Ag eine Rechtsauffassung wiederholen wollen, und zwar jetzt gestützt auf die Entscheidung des LG B. Für den Ag ist die Feststellung des Gerichts gleichbedeutend mit der Feststellung, daß derjenige gegen die Ordnung der Partei verstößt, der das Redeverbot für B[1] trotz gerichtlicher Aufhebung des Funktionsverbots aufrecht erhalten will.

Alles in allem ist also festzuhalten, daß sämtliche beanstandeten Äußerungen des Ag in den beiden Rundschreiben in Verbindung mit dem übrigen Inhalt und unter Berücksichtigung aller außerhalb der Rundschreiben liegenden, aber allgemein

bekannt gewordenen Umstände über die Verhältnisse im Bezirk O-L nicht als Verstoß gegen die Ordnung der Partei gewertet werden können. Diese Auffassung findet ihre Unterstützung auch noch in dem Umstand, daß - unbestritten - diese Rundschreiben im Einvernehmen mit dem Geschäftsführer des Bezirks OWL herausgegeben worden sind, Bl. 157 dA.

Mithin kann auch dahingestellt bleiben, ob, wie der Ag behauptet, dieses Verfahren unter Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes eingeleitet ist, weil der Ag ja nicht allein, sondern mit den übrigen Mitgliedern des Bezirksvorstands die Rundschreiben zu verantworten hat."

Am 8.12.1977 legte der Antragsteller Berufung bei der Bundesschiedskommission ein, die er mit Schriftsatz vom 21. 12. 1977 begründete. Er hielt an seinem Antrag fest,

„den Antragsgegner aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen."

In seiner Begründung ließ er sich noch einmal eingehend zur Frage der Öffentlichkeit ein und stellte sodann fest, selbst wenn man davon ausginge, daß die Erklärungen des Antragsgegners nicht öffentlich erfolgt wären, so würde dies die Beurteilung nicht ändern, da die Äußerungen des Antragsgegners einen derartig schweren Verstoß gegen die Ordnung der Partei darstellen, daß der Antragsgegner aus der Partei ausgeschlossen werden müsse. Die Ausführungen des Antragsgegners in seinem Schriftsatz vom 30.9.1977, in denen er sich auf eine allgemeine Bedeutung des Begriffes Putsch berufe, würden die Bedeutung dieses Begriffes jedenfalls im Bereich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verharmlosen. Der Begriff "Putsch" sei ebenso wie der Begriff "Putschist" ein Begriff, der - jedenfalls im Sprachgebrauch der Mitglieder der SPD - zur Brandmarkung eines Menschen verwandt werde, der den Grundsätzen und Zielen der SPD diametral entgegenstehe. Die Verbindung eines Mitglieds der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem Begriff "Putsch" werde allgemein im Bereich dieser Partei als ehrkränkend und damit beleidigend empfunden. Ein Sozialdemokrat könne mit einem Mann, der ihn als „Putschisten“ bezeichnet habe, schlechterdings politisch nichts mehr gemeinsam haben. Ebenso gelte dies auch für jemanden, der einen anderen als "Putschisten" ansehe. Der Antragsgegner solle daher konsequent sein und jegliche politische Gemeinsamkeit mit diesen - wie er es sehe -

„Putschisten“ ablehnen. Allein diese Äußerungen des Antragsgegners im Hinblick auf „Putsch“ und „Putschstrategie“

machten es notwendig, den Antragsgegner aus der Partei auszuschließen. Die Bedeutung des Begriffes „Rechtssozialdemokratie“ sei unrichtig vorgenommen worden. Dieser Begriff sei entgegen der Auffassung der Bezirksschiedskommission eindeutig ein Begriff, mit dem Kommunisten die SPD seit jeher zu diffamieren versuchten.

Mit Schreiben vom 6. Dezember 1977 erklärten der Bezirksgeschäftsführer und der Bezirkssekretär der Jungsozialisten zu der Behauptung des Antragsgegners, die Rundschreiben seien im Einvernehmen mit dem Geschäftsführer O-L herausgegangen, daß die Feststellung nicht zutreffe.

Mit Schriftsatz vom 7.1.1978 beantragte der Antragsgegner,

"die Berufung des Antragstellers zurückzuweisen"

und bat

„einen Termin zur mündlichen Verhandlung anzuberaumen.“

Zur Begründung führte er aus, daß der Antragsteller in seiner Berufungsschrift rechtlich nicht hinreichend genau zwischen Verbreitung und Öffentlichkeit eines Druckwerks unterscheidet. Möge hier auch eine "Verbreitung" anzunehmen sein, da das Druckwerk einem größeren, wenn auch individuell bestimmten Personenkreis zugänglich gemacht wurde, so sei damit doch nicht automatisch von der Öffentlichkeit der Verbreitung auszugehen, wie dies der Antragsteller tue. Denn öffentliche Verbreitung sei nur die Tätigkeit, durch welche das Druckwerk jedem beliebigen (Allgemeinheit, Publikum) zugänglich gemacht werde. Öffentlichkeit liege nur dann vor, wenn die Äußerung von unbestimmt welchen und unbestimmt vielen Personen, die nicht durch engere Beziehungen einander verbunden seien, wahrgenommen werde. Die hier streitigen Rundschreiben wären aber an einen individuell bestimmten Personenkreis adressiert, der durch engere organisatorische und persönliche Beziehungen untereinander verbunden sei: Der Kreis der Arbeitsgemeinschaftsleiter der Jungsozialisten. Zur Verwendung des Begriffes "Putsch" führt der Antragsgegner dann aus, daß dieses sicherlich kein Kompliment gewesen sei, es hieße aber, "die Dinge unzulässig übertreiben, wenn der Antragsteller daraus mache, es handele sich um einen Sprachgebrauch zur Brandmarkung als anti-sozialdemokratisch und es werde dadurch die letzte politische Gemeinsamkeit zerschnitten." Der Antragsteller verkenne, daß hier niemandem vorgeworfen werde, einen staatsrechtlichen Putsch anzustreben, sondern es wäre für jeden Leser klar ersichtlich, daß es einzig und allein um einen innerparteilichen

politischen Handstreich ginge. Die Abstempelung des Begriffes "Rechtssozialdemokratie" als typisch kommunistisch erscheine als durch nichts belegt, dieser - sicherlich wenig schöne - Begriff werde in Kreisen der "Parteilinken" jedoch als polemisches Synonym für "Parteirechte" verwendet, sei also durchaus sozialdemokratisch.

Der Unterbezirk G hat mit Schriftsatz vom 30. Januar 1978 beantragt,

die Berufung des Antragstellers zurückzuweisen.

Einen inhaltlich gleichlautenden Antrag stellte auch der Ortsverein H-M mit Schriftsatz vom 27. Januar 1978.

Der Antragsteller führt mit Schriftsatz vom 1.2.1978 zur Frage der Öffentlichkeit aus, nicht jede schriftliche parteiinterne Meinungsäußerung führe zur Öffentlichkeit, mit Sicherheit aber eine in ihrem Inhalt brisante Erklärung. Denn es sei bekannt, daß sich gerade für derartige Erklärungen aus dem Bereich der Partei heraus politische Gegner, Massenmedien u.a. interessierten.

Auf den weitergehenden Inhalt der Akten wird Bezug genommen.

II.

1. Die Berufung ist zulässig. Sie hat auch Erfolg.
2. Die Bundesschiedskommission sieht keine Veranlassung, dem Antrag des Antragsgegners auf mündliche Verhandlung zu entsprechen. Der Vortrag des Antragsgegners und seines Beistandes kann schon deshalb nicht überzeugen, weil nicht die Tatsachen als solche zwischen den Verfahrensbeteiligten kontrovers dargestellt, sondern nur ihre politische Wertung und ihre politisch-rechtliche Beurteilung unterschiedlich beurteilt wird. Die Verfahrensbeteiligten haben aber in sehr reichem Maße von ihrem Recht Gebrauch gemacht, sich zu der streitigen Beurteilung und Bewertung der Tatsachen schriftsätzlich zu äußern. Bereits in den letzten Schriftsätzen werden fast nur schon zuvor geäußerte Argumente wiederholt oder allenfalls mit verändertem Wortlaut vorgetragen. Die Übung der Bundesschiedskommission, in solchen Fällen es in dem bei ihr ohnehin regelmäßigen schriftlichen Verfahren zu belassen, war daher auch in diesem Fall beizubehalten.

3. Eine nicht unerhebliche Rolle für die Beurteilung der Handlungsweise und der Äußerungen des Antragsgegners spielt die Frage, ob die Auseinandersetzung öffentlich geführt wurde oder ob es sich um eine parteiinterne Kontroverse handelt.

Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß politische Äußerungen in Rundschreiben mit einer nicht unerheblichen Zahl von parteiangehörigen Empfängern fast immer auf irgendeine Weise an die Öffentlichkeit gelangen. Wer Rundschreiben in solcher Auflagenhöhe versende, muß damit rechnen, daß ihr Inhalt der Öffentlichkeit bekannt wird. Damit wird hier nicht einmal ein Fall angesprochen, in dem absichtlich der Weg der parteiinternen Veröffentlichung nur deshalb gewählt wurde, um den Vorwurf öffentlicher Diskussion parteiinterner Angelegenheiten zu vermeiden, auf die Öffentlichkeitswirkung aber von Anfang an hingearbeitet wurde. Eben unabhängig von einer solchen hier nicht unterstellten Handlungsweise mußten der Antragsgegner und die in seinem Sinne Handelnden davon ausgehen, daß Auseinandersetzungen von solcher Brisanz, wie der hier in Frage stehenden, auch bei Veröffentlichung innerhalb der Partei auf die eine oder andere Weise an die Öffentlichkeit geraten. Er muß sich mithin gefallen lassen, daß er so behandelt wird, als hätte er die Äußerung öffentlich getan.

4. Im Übrigen liegen in diesem Fall auch keine Rechtfertigungsgründe dafür vor, die Erklärung auf irgendeine Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen oder in Kauf zu nehmen, daß die Öffentlichkeit von ihr erfährt. Dies kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn die Autoren einer solchen Erklärung durch ihre Funktion oder durch ihr Mandat - etwa als Fraktionsvorsitzender in einem großen Parlament - eine Erklärung in der Öffentlichkeit ohne Schaden für die Partei gar nicht umgehen können. Davon kann aber hier keine Rede sein.

5. Aber selbst wenn die Äußerungen des Antragsgegners nicht in die Öffentlichkeit gelangt wären, oder die unter 3. und 4. dargelegte Auffassung nicht geteilt wird, muß das Verhalten des Antragsgegners Sanktionen gegen ihn zur Folge haben. Auch in parteiinternen Auseinandersetzungen ist - jedenfalls im Verständnis der SPD von dem, was als solidarisch zu gelten hat - ein bestimmter Stil zu wahren. Nicht ohne Grund hat dieser Tradition entsprechend der Parteivorsitzende Willy Brandt sich unter großem Beifall auf dem Parteitag der SPD in H von 1973 zu dieser Frage geäußert. Dabei müssen seine Äußerungen als authentische Interpretation der Tradition und der Auffassung von politischer Moral der SPD gewertet werden. Wo der innerparteilich Andersdenkende mit der Diktion belegt wird, wie sie nicht einmal gegenüber dem politischen Gegner in der demokratischen Auseinandersetzung, sondern allenfalls den Vertretern totalitärer diktatorischer Gewalt gegenüber gebraucht werden, ist die Grenze des solidarischen Verhaltens weit überschritten. Allein der Vorwurf des "Putschismus" zerstört die Ordnung der Partei, die

auch gerade in der innerparteilichen Auseinandersetzung zu wahren ist, wenn nicht die Partei dadurch handlungsunfähig werden soll, daß sie sich an Stelle einer Solidargemeinschaft als eine Ansammlung unversöhnlich sich bekämpfender Flügelgruppen versteht. Es mag sein, daß der Ausdruck "Putsch" auch für demokratische Widerstandsaktionen gegen einen Unrechtsstaat hier und da gebraucht worden ist. Der Antragsgegner hat aber ganz eindeutig die von ihm als „rechte Putschisten" qualifizierten innerparteilichen Gegner mit demokratiefeindlichen „Konterrevolutionären" z.B. des Kapp-Putsches auf eine Stufe stellen wollen. Ein solches Verhalten fügt der Partei sehr erheblichen Schaden zu und trifft sie geradezu in ihrer politischen Qualität.

Die Bundesschiedskommission hält auch weitere Äußerungen des Antragsgegners in den beiden in Frage stehenden Rundschreiben für in Wortwahl und Stil so diskriminierend, daß auch sie zur Begründung der Entscheidung herangezogen werden könnten. Da aber der beleidigende Vergleich mit rechtsradikalen "Putschisten" am schwersten wiegt, hat sich die Bundesschiedskommission mit dieser Begründung begnügt.